



Niederschrift

1. Sitzung Hauptausschuss
17. September 2019, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

1.

Punkt 1 der Tagesordnung: Kostenloser ÖPNV in Karlsruhe beim Stadtfest am 12. und 13. Oktober 2019

Vorlage: 2019/0824

Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz teilt um 16:30 Uhr mit, dass sich der Beginn der Sitzung wegen eines Gesprächs **des Vorsitzenden** mit den Fraktionsvorsitzenden verzögern werde.

Beschluss:

Ergänzend zu der Stellungnahme zum Antrag 2019/0278 für die Sitzung des Gemeinderats am 14.05.2019, in der die Kostenkalkulation für die Freifahrt am Samstag 12.10.2019 im Rahmen des Stadtfestes in der Wabe 100 erläutert wurde, werden in der unten stehenden Erläuterung die zusätzlichen Kosten für eine Ausweitung der Freifahrtregelung auf den Sonntag, 13.10.2019 für die Stadtfest-Besucher (13.10.2019) dargestellt.

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung die entsprechenden HH rechtlichen Beschlüsse zur Bereitstellung der Mittel zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt bei einer Gegenstimme

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 16:55 Uhr. Er entschuldigt sich für den verspäteten Beginn und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Hauptausschusses und verliest die entschuldigenden Mitglieder. Er begrüßt auch die Mitglieder des Sozialausschusses, die zur Behandlung des Tagesordnungspunktes 9 eingeladen worden seien. Anschließend fasst er den Inhalt der Vorlage zusammen. Die Freifahrten würden für die Wabe 100 sowie die Linien S1, S11 und S2 gelten. Die Erweiterung der Wabe 100 sei durch den nahen Einzugsbereich sinnvoll und die Mehrkosten für diese drei Linien würden sich unter Betrachtung der Gesamtkosten nicht wesentlich erhöhen. Um eine bessere Entscheidungsgrundlage für die Frage des kostenlosen ÖPNVs an den Adventssamstagen haben zu können, werden die Erkenntnisse des Stadtfestwochenendes ausgewertet und dem Gremium vorgestellt.

Stadtrat Honné (GRÜNE) zeigt sich erfreut über den Vorschlag, den kostenlosen ÖPNV am Stadtfestwochenende auf zwei Tage auszudehnen und die Linien S1, S11 und S2 mit-

einzu beziehen. Er fragt, um welche Mehrleistungen es sich handle, und ob der KVV mittels Festpreis oder der genauen Anzahl der Fahrgäste abrechne. Er weist auf den vom Gemeinderat beschlossenen Klimanotstand hin, wonach die Maßnahmen hinsichtlich ihres CO₂-Ausstoßes bewertet, beziffert und kompensiert werden müssten. Er bittet diese Angabe nachzuliefern.

Stadtrat Pfannkuch (CDU) bittet zu prüfen, für welche vergleichbaren Veranstaltungen dieses kostenlose ÖPNV-Angebot umgesetzt werden könne.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD) teilt mit, dass die Ausweitung des kostenlosen ÖPNV auf den Stadtfestsonntag keinen Test für einen Adventssamstag darstelle, sondern lediglich die Kosten erhöhe. Die Kosten, die für den Stadtfestsonntag entstehen, könnten zur Entlastung für die Adventssamstage eingesetzt werden.

Dr. Pischon (AVG) bestätigt die Ausführungen **des Vorsitzenden** wonach es bei dem bisher dargestellten Mehrfahrtenkonzept bleibe, dass nun aber der für zwei Tage zu erwartende Einnahmeausfall ausgeglichen werden müsse. Es handle sich um eine Pauschale, die auch im Umland gut vertreten werden könne. Zum Thema CO₂-Relevanz werde es im Herbst einen Vorschlag geben, wie gemessen und dann bei den entsprechenden Maßnahmen beziffert werden könne. Er entkräftigt die Vorstellung, dass bei jeder Maßnahme zum jetzigen Zeitpunkt die Angabe der CO₂-Einsparung erfolgen könne.

Bürgermeisterin Lisbach ergänzt, dass in der Oktobersitzung des Umweltausschusses das Thema Klimanotstand auf der Tagesordnung stehe. Eine Umfrage bei verschiedenen Städten, die ebenfalls den Klimanotstand ausgerufen haben, sei erfolgt. Im Augenblick sei eine fünfstufige Skala von ++ bis -- angedacht, die eine Einschätzung der CO₂-Einsparung geben solle. Diese Angabe solle auch textlich begründet werden. Wo die CO₂-Einsparung in der Quantität dargestellt werden könne, solle dies auch erfolgen, ohne jedoch das pragmatische Vorgehen aus den Augen zu verlieren. Im Umweltausschuss könne eine detaillierte Diskussion erfolgen.

Der Vorsitzende stellt, nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, bei einer Gegenstimme, die mehrheitliche Zustimmung fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten-
4. Oktober 2019